

1 SPD-Bundesparteitag, 14. – 16. November 2013, Leipzig

2 Beschluss

3

4

5

6

7

8

## 9 **Neues Vertrauen für ein besseres Europa**

10

11 Wir wollen neues Vertrauen für Europa gewinnen. Vertrauen für ein besseres Europa, das in  
12 seinen Grundlagen demokratischer und in seiner Ausrichtung sozialer ist. Für dieses Europa  
13 werben wir bei der Europawahl im kommenden Jahr.

14

15 So sehr die europäische Idee Menschen weltweit fasziniert, die gegenwärtige Form der  
16 Europäischen Union schreckt viele ab. Das institutionelle Gefüge der EU ist für die  
17 Bürgerinnen und Bürger nur noch schwer verständlich. Die komplexen europäischen  
18 Verfahrenswege, die oft als wenig transparent und zu bürokratisch wahrgenommen werden,  
19 drohen die eigentliche Idee der europäischen Einigung in den Hintergrund zu drängen. Dabei  
20 ist diese Idee das vielleicht Großartigste und Faszinierendste, was Europa jemals in seiner  
21 Geschichte politisch verwirklicht hat. An die Stelle von Krieg, Misstrauen und nationaler  
22 Konfrontation die friedliche Zusammenarbeit auf geteilten Werten und zum gemeinsamen  
23 Vorteil zu stellen, war und ist eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften unseres  
24 Kontinents und unserer Zeit. Mit dem geeinten Europa ist es gelungen einen Ort zu schaffen,  
25 an dem Frieden herrscht, der Wohlstand und soziale Gerechtigkeit schafft, an dem die  
26 Demokratie transnational auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene organisiert ist und  
27 an dem Menschen und Staaten zusammenarbeiten im Vertrauen darauf, sich gemeinsam  
28 eine bessere Zukunft zu erarbeiten.

29

30 Dies alles macht Europa und die europäische Idee aus. Doch diese Errungenschaften sind in  
31 Gefahr. Denn Europa ist in keinem guten Zustand. Was als Finanzmarktkrise begann, sich  
32 als Schuldenkrise in einzelnen EU-Staaten fortsetzte, ist zu einer tiefen wirtschaftlichen und  
33 sozialen Krise geworden, die auch das Vertrauen in die Europäische Union untergräbt. Die  
34 Geburtsfehler der Währungsunion sind offenbar geworden. Renationalisierung bedroht das  
35 institutionelle Gefüge der Europäischen Union und spielt den Populisten in die Karten. Die  
36 soziale Schere in Europa reißt immer weiter auf. In manchen Ländern ist mehr als die Hälfte  
37 der jungen Menschen arbeitslos. Angesichts der Krise wachsen bei vielen Menschen Zweifel  
38 und Sorgen. Rechtspopulistische Parteien, die gegen die Idee der europäischen Einheit  
39 Stimmung machen, gewinnen vielerorts an Zulauf.

40

41 Die SPD hat in den zurückliegenden Jahrzehnten den Fortgang der europäischen Einigung  
42 vielfach politisch mit gestaltet und aktiv vorangetrieben. Wir wissen um den Wert dieses  
43 gemeinsamen Europas. Wir wissen, dass Frieden, Wohlstand, soziale Sicherheit und  
44 kultureller Reichtum in unserem Land nur in einem geeinten und starken Europa gesichert  
45 sind. Und wir wissen: In der sich verändernden, zunehmend polyzentrischen Welt mit neuen

46 und starken Partnern im Asien-Pazifikraum, Lateinamerika und Afrika wird nur eine geeinte  
47 EU über ausreichend Einfluss verfügen. Neben der Sicherung von Frieden, Demokratie und  
48 Wohlstand nach innen bekommt das europäische Projekt deshalb einen zweiten Auftrag: Es  
49 muss zur gemeinsamen Interessenvertretung der Bürgerinnen und Bürger unseres  
50 Kontinents nach außen werden. Das geeinte Europa - politisch stark, demokratisch und  
51 sozial gerecht - muss unsere gemeinsame Antwort als Europäer auf die Globalisierung sein.  
52 Nur im festen Zusammenschluss der Europäischen Union hat Europa eine Chance im  
53 globalen Wettbewerb von Ideen und Werten, von Politik und Wirtschaft.

54

55 Wir werden alles dafür tun, dass Europa die Herausforderungen der Krise geschlossen und  
56 solidarisch überwindet und sich so verändert, dass es verloren gegangenes Vertrauen bei  
57 den Menschen zurückgewinnen kann.

58

59

### 60 **Die Europawahl – Chance für einen politischen Aufbruch in Europa**

61

62 In diesen schwierigen Zeiten für Europa hat die Europawahl im kommenden Jahr eine  
63 besondere Bedeutung. Sie ist eine Gelegenheit dafür, mit möglichst vielen Menschen  
64 darüber zu sprechen, was ihnen am gegenwärtigen Zustand der EU Sorgen bereitet, wo sie  
65 politischen Veränderungsbedarf sehen und welche Zukunftshoffnungen sie mit Europa  
66 verbinden. Wir wollen diese notwendige öffentliche Debatte über den Zustand und die  
67 Zukunft der europäischen Einigung offensiv führen. Denn nur so kann neues Vertrauen  
68 wachsen. Kritik an der EU nehmen wir ernst. Doch wir machen zugleich deutlich, dass es für  
69 uns keine Alternative zu einem starken, geeinten Europa gibt, das in unser aller Interesse ist.  
70 Auch gibt es für uns keine Alternative zur gemeinsamen Währung, die sich bewährt hat und  
71 zum Wohlstand besonders in unserem Land erheblich beigetragen hat. Wir werden uns mit  
72 Nachdruck gegen all jene stellen, die die Antwort auf die Probleme Europas in einer  
73 Rückkehr zur nationalen Wagenburg sehen. Wir dürfen Europa nicht den Rechten und  
74 Populisten überlassen, die alte Gräben neu aufreißen und das nationale Gegeneinander neu  
75 befeuern wollen. Auch wer die Rückabwicklung von Kernbestandteilen der europäischen  
76 Einigung wie etwa der gemeinsamen Währung betreiben will, setzt Europa und die  
77 Menschen unkalkulierbaren ökonomischen, sozialen und politischen Risiken aus.

78

79 Wir werden dagegen bei der Europawahl deutlich machen, dass wir dieses Europa so  
80 verändern wollen, dass es besser im Interesse der Menschen arbeitet. Wir wollen ein  
81 anderes, demokratischeres und sozialeres Europa mit handlungsfähigen  
82 Gemeinschaftsinstitutionen und einem starken Europäischen Parlament als Mittelpunkt der  
83 europäischen Demokratie. Und bei der Europawahl wird es darum gehen, für dieses, unser  
84 Europa die notwendigen politischen Mehrheiten zu gewinnen. Wir wollen, dass die  
85 Europawahl ein Signal für einen neuen politischen Aufbruch in Europa wird.

86

### 87 ***Erstmals gemeinsame Spitzenkandidaten bei der Europawahl***

88 Wir finden uns auch nicht damit ab, dass seit den ersten Wahlen zum Europaparlament im  
89 Jahr 1979 die Wahlbeteiligung immer weiter gesunken ist. Um diesen Trend zu brechen, ist  
90 es wichtig, dass bei der Europawahl klar ersichtliche politische Alternativen zur Wahl stehen  
91 sowie Personen, die diese politischen Programme öffentlich wahrnehmbar und  
92 unterscheidbar vertreten. Deshalb ist es ein historischer Schritt, dass bei der nächsten  
93 Europawahl die europäischen Parteienfamilien mit gemeinsamen gesamteuropäischen

94 Spitzenkandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten antreten. Es gibt der  
95 Europawahl eine völlig neue Qualität, weil nun die Bürgerinnen und Bürger viel unmittelbarer  
96 als bisher, die Wahl des neuen Kommissionspräsidenten beeinflussen können. Die Chance  
97 besteht, dass so eine europäische Debatte über nationale Grenzen hinweg in Gang kommt.  
98 Dies wäre eine neue Dimension europäischer Innenpolitik und ein Schritt auch nach vorn für  
99 eine europäische Öffentlichkeit.

100

101 Die SPD bekennt sich dazu, dass sie zukünftig nur einen Kommissionspräsidenten mittragen  
102 wird, der zuvor als Spitzenkandidat bei der Europawahl sein politisches Programm zur Wahl  
103 gestellt hat und der eine Mehrheit im Europäischen Parlament bekommt. Ein so gewählter  
104 Kommissionspräsident, mit einer hohen parlamentarischen Legitimation als Resultat eines  
105 vorausgegangenen Wahlkampfes, macht die EU insgesamt demokratischer.

106

107 Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) hat Martin Schulz als gemeinsamen  
108 gesamteuropäischen Spitzenkandidaten für die Europawahl und das Amt des EU-  
109 Kommissionspräsidenten nominiert. Sie ist damit die erste der europäischen  
110 Parteienfamilien, die ihren Spitzenkandidaten nominiert hat. Die SPD ist stolz, dass damit ein  
111 deutscher Sozialdemokrat erster gesamteuropäischer Spitzenkandidat der europäischen  
112 Sozialdemokraten ist. Dies ist ein starkes Signal der politischen Verbundenheit in der  
113 sozialdemokratischen Parteienfamilie in Europa.

114

### 115 ***Unsere Ziele für die Europawahl***

116 Unsere Ziele, für die wir als europäische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit  
117 unserem gemeinsamen europäischen Spitzenkandidaten gegen die Konservativen und  
118 Liberalen in Europa bei der Europawahl antreten, sind klar: Wir wollen ein Europa, das die  
119 Menschen einbindet, indem es mehr Raum für demokratische Mitbestimmung bietet. Ein  
120 Europa, das im Interesse der Menschen arbeitet und nicht der Märkte und Banken. Ein  
121 Europa, das eine umfassende politische Antwort auf die Krise gibt und solide Finanzen mit  
122 nachhaltigem Wachstum und guter Beschäftigung verbindet. Ein Europa, das den Kampf  
123 gegen die Jugendarbeitslosigkeit entschieden führt und die soziale Dimension der  
124 Europäischen Union stärkt. Ein Europa, das die Gleichstellung von Frauen und Männer in  
125 allen gesellschaftlichen Bereichen voranbringt. Ein Europa, das nach innen und außen  
126 Frieden wahrt. Dies sind unsere politischen Leitplanken für die Europawahl im kommenden  
127 Jahr und die künftigen Entwicklungsperspektiven der Europäischen Union.

128

129

### 130 **Mehr europäische Demokratie wagen**

131

132 Die gegenwärtige Krise hat die Defizite der europäischen politischen Ordnung offenbart. Die  
133 von den europäischen Staats- und Regierungschefs wesentlich bestimmten politischen  
134 Reaktionen auf die gegenwärtige Krise schwächen die Gemeinschaftsinstitutionen. Immer  
135 mehr Entscheidungen werden auf Gipfeln der Staats- und Regierungschefs getroffen, das  
136 Europäische Parlament und die EU-Kommission bleiben außen vor. Die Krise darf keine  
137 Rechtfertigung zur Beschneidung von Parlamentsrechten sein. Um die demokratische  
138 Legitimation zu sichern, brauchen wir eine weitere Stärkung des Europäischen Parlaments.  
139 Ein „Europa der Parlamente“ mit einer engen Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen  
140 Parlament und den nationalen Parlamenten muss das Gegengewicht zur Zusammenarbeit  
141 auf Regierungsebene darstellen. Statt auf vertragliche Vereinbarungen zwischen nationalen

142 Regierungen setzen wir darauf, dass das Europäische Parlament an allen Entscheidungen  
143 umfassend beteiligt ist. Die Gemeinschaftsmethode ist das Herzstück der europäischen  
144 Einigung.

145  
146 Zur Lösung der Krisen müssen die erheblichen, bereits bestehenden Spielräume des  
147 Vertrags von Lissabon voll ausgeschöpft werden. Die Krisenlösung im Interesse der  
148 Menschen hat für uns Vorrang vor institutionellen Reformdebatten. Ein neuer europäischer  
149 Konvent bleibt für uns darüber hinaus eine Perspektive, um die Politische Union Europas  
150 fortzuentwickeln auf der Basis einer europäischen Verfassung. Wenn in der Zukunft ein  
151 europäischer Konvent eingesetzt wird, muss dieser vorrangig parlamentarisch besetzt sein  
152 und Akteure der Zivilgesellschaft einschließen.

153  
154 Besonders wichtig ist es für uns, dass bei allen künftigen Reformschritten der EU die Rolle  
155 des Europäischen Parlamentes gestärkt wird. Das Europäische Parlament ist der zentrale  
156 Ort zur demokratischen Legitimierung europäischer Politik. Perspektivisch muss das  
157 Europäische Parlament zum vollwertigen europäischen Gesetzgeber werden, mit vollem  
158 Haushaltsrecht und eigenem Gesetzesinitiativrecht. Um eine engagierte europäische  
159 Bürgeröffentlichkeit zu fördern, wollen wir zudem das Instrument der europäischen  
160 Bürgerinitiative noch stärker fördern. Und wir wollen daran mitwirken, ein freiwilliges,  
161 bezahltes europäisches Jahr für alle Alters- und Berufsgruppen als einen Baustein für eine  
162 europäische Zivilgesellschaft zu entwickeln. Die europäische Vertrauenskrise können wir  
163 letztlich nur überwinden, wenn wir den Mut haben, auf unterschiedlichen Wegen mehr  
164 europäische Demokratie zu wagen.

165

166

### 167 **Für eine umfassende politische Antwort auf die Krise**

168

169 Für uns steht fest: Europa muss eine solidarische, gemeinsame Antwort auf die Krise geben,  
170 die sich nicht in einseitiger Sparpolitik erschöpfen darf. Die Lösung der Krise muss über eine  
171 rein fiskalpolitische Antwort hinausgehen. Es ist ein breiter politischer Ansatz erforderlich, der  
172 neben fiskalpolitischen Maßnahmen auch striktere Regeln für die Banken und Finanzmärkte,  
173 notwendige Reformschritte in der Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion,  
174 gemeinsame europäische Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung und eine stärkere  
175 soziale Dimension der EU einschließen muss. Die Strategie, die Krise in Europa allein auf  
176 zwischenstaatlichem Wege mithilfe von Troika-Missionen zu lösen, kann angesichts weiter  
177 wachsender Staatsverschuldung und explodierender Arbeitslosenziffern nicht als nachhaltig  
178 erfolgreich angesehen werden.

179

### 180 ***Die Finanzmärkte strikt regulieren***

181 Nie wieder dürfen wir es zulassen, dass Akteure auf den Finanzmärkten durch  
182 verantwortungslose Profitgier und exzessive Spekulation ganze Volkswirtschaften und  
183 Staaten gefährden. Europa muss dabei die treibende Kraft für eine neue Ordnung der  
184 Finanzmärkte sein. Gerade auch auf das Betreiben der Sozialdemokraten in den  
185 europäischen Institutionen sind einige wichtige Fortschritte bei der Regulierung der  
186 Finanzmärkte bereits erzielt worden, etwa bei der Finanzmarktaufsicht oder strikteren  
187 Eigenkapitalanforderungen von Banken. Doch vieles bleibt auch noch zu tun. Wir wollen,  
188 dass kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Markt in Zukunft unreguliert ist.  
189 Und unser Ziel ist, dass keine Bank künftig ganze Staaten mit in den Strudel ziehen kann.

190  
191 Die vereinbarten strengeren Eigenkapitalvorschriften müssen noch weiter ergänzt werden.  
192 Wir wollen gerade auch auf europäischer Ebene eine deutlichere Einschränkung riskanter  
193 Geschäfte und eine striktere Trennung von Investment- und Geschäftsbanking erreichen.  
194 Akteure des sogenannten Schattenbanksektors, vor allem die hochspekulativen Hedgefonds,  
195 müssen endlich so reguliert werden, dass für sie bei gleichem Geschäft die gleichen  
196 Maßstäbe und Pflichten gelten wie im klassischen Bankensektor. Der Hochfrequenzhandel  
197 muss effektiv eingedämmt werden, Rohstoff- und Nahrungsmittelspekulationen müssen  
198 beendet werden. Derivate müssen künftig weiter verstärkt auf transparenten und geregelten  
199 Handelsplattformen und über zentrale Gegenparteien gehandelt werden.

200  
201 Außerdem bedürfen Rating-Agenturen einer strengen Regulierung. Das Gewicht externer  
202 Ratings bei der Bewertung der Kreditwürdigkeit von Unternehmen und Finanzprodukten  
203 muss weiter reduziert, die zivilrechtliche Haftung der Rating-Agenturen verschärft werden.  
204 Wir treten auch mit Nachdruck dafür ein, die Gründung europäischer Ratingagenturen zu  
205 fördern. Das Oligopol der drei großen Ratingagenturen muss beendet werden

206  
207 Daran, ob es Europa gelingt, in Europa selbst und darüber hinaus den Finanzmärkten Zügel  
208 anzulegen, wird sich wesentlich mitentscheiden, ob unser europäisches Modell einer am  
209 Gemeinwohl orientierten, sozialen Marktwirtschaft auch in Zukunft Bestand haben wird.  
210 Deshalb müssen wir alles dafür tun, mit der gemeinsamen politischen Kraft Europas den  
211 Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten wieder zurückzugewinnen.

### 212 213 ***Eine europäische Wirtschaftsregierung***

214 Wir wollen Schritte hin zu einer demokratisch legitimierten europäischen  
215 Wirtschaftsregierung verwirklichen. Es geht dabei letztlich um nichts weniger, als den  
216 Geburtsfehler der europäischen Währungsunion zu beheben: die fehlende Flankierung der  
217 gemeinsamen Währung durch eine gemeinsame koordinierte Wirtschafts- und Sozialpolitik.  
218 Die finanz- und wirtschaftspolitische Koordinierung sollte nicht nur auf die Sparziele des  
219 Stabilitäts- und Wachstumspaktes beschränkt bleiben. Es sind ebenso verbindlicher  
220 koordinierte Anstrengungen für Investitionen in Wachstum und Beschäftigung erforderlich.  
221 Auch müssen exzessive wirtschaftliche Ungleichgewichte im Euroraum, die eine der  
222 entscheidenden strukturellen Probleme der Wirtschafts- und Währungsunion darstellen, im  
223 Rahmen einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik mit längerfristig ausgeglichenen  
224 Leistungsbilanzen bekämpft werden. Hierzu müssen alle Mitgliedstaaten ihren Beitrag  
225 leisten. Auch treten wir dafür ein, dass in die Leitlinien für eine verstärkte  
226 wirtschaftspolitische Koordinierung künftig sozial- und beschäftigungspolitische Kriterien  
227 wirksam mit einfließen. Einen reinen EU-Wettbewerbspakt lehnen wir ab.

### 228 229 ***Investitionen in Wachstum und Beschäftigung***

230 So wichtig strikte Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung sind. Dauerhafter nachhaltiger  
231 Schuldenabbau setzt wirtschaftliches Wachstum voraus. Ziel einer gemeinsamen,  
232 demokratisch abgestimmten Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sollte es deshalb sein,  
233 Europa auf einen innovationsgetragenen, nachhaltigen Wachstumskurs bringen. Es bedarf  
234 dazu auch umfassender europäischer Impulse für Wachstum und Beschäftigung als  
235 tragenden Pfeilern einer europäischen Krisenpolitik, die Reformen für Wettbewerbsfähigkeit  
236 und solide Finanzen mit Wachstum und Beschäftigung sowie einer stärkeren sozialen  
237 Dimension verbindet.

238

239 Der auf maßgebliches Betreiben der SPD und der europäischen Sozialdemokraten und  
240 Sozialdemokratinnen vereinbarte Europäische Wachstumspakt muss endlich zügig  
241 umgesetzt werden. Die Zusagen für ein europäisches Wachstumsprogramm wurden bislang  
242 nur zum kleineren Teil realisiert. Ein besonderer Schwerpunkt bei den  
243 Wachstumsmaßnahmen ist hierbei etwa auf Energieeffizienzprogramme bei Wohnen und  
244 Produktion, den Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln sowie auf  
245 wirtschaftliche Infrastrukturverbesserungen etwa beim Verkehr oder der  
246 Breitbandversorgung zu legen. In Ländern, in denen administrative Schwächen die  
247 Umsetzung des Wachstumspaktes blockieren, sollen gezielte Implementationshilfen die  
248 Programme zum Erfolg führen. Perspektivisch sollten Mittel in einem europäischen  
249 Investitions-, Wachstums- und Aufbaufonds gebündelt werden, der gezielt Gelder für  
250 Zukunftsinvestitionen mobilisiert. Ein besonderer Schwerpunkt der europäischen  
251 Wachstumspolitik muss darauf gerichtet sein, die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Europas  
252 in den Leitmärkten der Zukunft zu verbessern und einen Prozess der Re-Industrialisierung in  
253 Europa anzustoßen. Wir brauchen dazu eine umfassende europäische Industriepolitik. Ein  
254 Freihandelsabkommen zwischen der EU und der USA darf es nur geben, wenn die  
255 europäischen Sozial-, Verbraucherschutz-, Naturschutz- und Umweltstandards  
256 gewährleistet werden.

257

### 258 ***Eine umfassende digitale Agenda***

259 Die Rolle, die Europa im 21. Jahrhundert spielen wird, hängt wesentlich auch davon ab, ob  
260 es uns gelingt, gerade auch im Bereich der digitalen Welt Anschluss zu halten. Das ist nicht  
261 nur eine Standortfrage, von der Arbeitsplätze und die Erhaltung und der Ausbau von  
262 technologischem Knowhow abhängen. Bei der Frage der digitalen Agenda geht es um viel  
263 mehr: Denn davon, welche Standards sich in der digitalen Welt des 21. Jahrhunderts  
264 durchsetzen, wer an welcher Stelle mit welcher Durchsetzungsmacht Algorithmen  
265 programmiert, hängt letztlich auch ab, ob wir unser europäisches Gesellschaftsmodell  
266 bewahren können, ob unser Modell von Demokratie, Freiheit, Solidarität und  
267 Chancengleichheit Bestand haben wird. Wir treten deshalb für eine umfassende digitale  
268 europäische Agenda ein, die Verbraucherschutz, Datenschutz, Innovation, Netz- und  
269 Informationssicherheit, ein unternehmensfreundliches Umfeld zusammenbringt.

270

271

### 272 **Wir wollen ein soziales Europa**

273

274 Der europäische Einigungsprozess steht für das Versprechen auf Frieden, Wohlstand und  
275 soziale Balance. In den Jahren der Krise ist gerade die soziale Balance in Europa in Gefahr  
276 geraten. Denn die bisherige Krisenpolitik hat nicht zur Überwindung der Krise beigetragen,  
277 sie hat im Gegenteil, verheerende Auswirkungen für die betroffenen Länder und die dort  
278 lebenden Menschen. Die einseitige Sparpolitik schränkt die Handlungsspielräume der  
279 Staaten ein, es fehlen die Mittel um Wachstumsimpulse zu setzen und die Voraussetzungen  
280 für eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu setzen. Die Folgen der Sparpolitik sind  
281 Kürzungen im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, sowie bei Löhnen, Gehältern und  
282 Pensionen. Die Austeritätspolitik führte somit zu Rezession und Massenarbeitslosigkeit.

283

284 Ängste vor einer übermäßigen Belastung durch Hilfskredite in den Geberländern stehen  
285 Zukunftsängste vieler Menschen in den Krisenländern gegenüber, die durch Einsparungen  
286 ihren Job verloren haben oder erst gar keinen finden, die keine Perspektive für ihre Kinder in  
287 ihrem Heimatland sehen oder um ihre Rente und ihr Ersparnes fürchten. Europa kann es sich  
288 nicht leisten, diese Ängste vieler Menschen zu ignorieren. Sonst droht der europäische  
289 Zusammenhalt zu brechen.

290

### 291 ***Ein Rettungsschirm für Europas Jugend***

292 Besonders die Jugendarbeitslosigkeit hat in etlichen europäischen Ländern eine  
293 besorgniserregender Höhe erreicht. Teilweise ist mehr als jeder zweite Jugendliche ohne  
294 Job, und das obwohl viele von ihnen gut qualifiziert und ausgebildet sind. Europa darf diese  
295 jungen Menschen, die Europas Zukunft sind, nicht im Stich lassen. Der Kampf gegen  
296 Jugendarbeitslosigkeit muss daher eine erste Priorität europäischer Politik sein. Die auf  
297 sozialdemokratische Initiative hin vereinbarten europäischen Mittel im Kampf gegen  
298 Jugendarbeitslosigkeit müssen jetzt zügig in den nächsten zwei Jahren zur Verfügung  
299 stehen und nötigenfalls aufgestockt werden. Die von uns ebenfalls politisch durchgesetzte  
300 Europäische Jugendgarantie muss national und europäisch rasch umgesetzt werden, um  
301 Wirkung zu entfalten.

302

### 303 ***Gleichstellung für Frauen und Männer voranbringen***

304 Frauen sind von den Folgen der Krise besonders betroffen. Deshalb verstehen wir,  
305 Gleichstellungspolitik in einem sozialen Europa als zentrale Querschnittsaufgabe. Das betrifft  
306 unsere europäische Programmatik ebenso wie die Arbeit des EU Parlaments der  
307 Kommission und des Rates. Wir wollen die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen  
308 gesellschaftlichen Bereichen voranbringen. Deshalb wollen wir insbesondere im Hinblick auf  
309 die Durchsetzung von gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, die Gleichstellung  
310 auf dem Arbeitsmarkt, mehr Frauen in Führungspositionen, die Verbesserung der  
311 Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer wirksame und verbindliche  
312 Regelungen auf europäischer Ebene voranbringen. Die Sozialdemokratie wird mit einem  
313 modernen, an Partnerschaftlichkeit orientierten Leitbild auch weiterhin in Europa eine  
314 Vorreiterrolle im Bereich der Gleichstellungspolitik einnehmen. Die Gleichstellungspolitik der  
315 EU sollte in einem eigenen Ressort der Kommission gebündelt werden. Wir werden uns  
316 zudem dafür einsetzen, dass nach 1999 erneut ein "Europäisches Jahr zur Bekämpfung der  
317 Gewalt gegen Frauen" ausgerufen wird.

318

### 319 ***Eine europäische Sozialunion aufbauen***

320 Darüber hinaus müssen wir Schritt für Schritt daran weiter arbeiten, eine europäische  
321 Sozialunion aufzubauen, die ihre Politik an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet und  
322 Mindeststandards und Zielkorridore für soziale Grundrechte, wie Löhne, Arbeitnehmerrechte,  
323 Sicherungssysteme sowie Mitbestimmung garantiert. Der demografische Wandel und damit  
324 das verhältnismäßige Anwachsen des älteren Bevölkerungsanteils in den westlichen  
325 Industrieländern setzen dabei unsere Sozialsysteme unter Veränderungsdruck.

326

327 Wir wollen Ziele für Sozial- und Bildungsausgaben vereinbaren, die sich an der jeweiligen  
328 nationalen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Staaten orientieren. Weiterhin  
329 muss mit einer sozialen Fortschrittsklausel klargestellt werden, dass soziale Grundrechte  
330 den Marktfreiheiten im Binnenmarkt nicht untergeordnet sind. Für besonders wichtig halten  
331 wir einen Pakt für Mindestlöhne der Korridore für existenzsichernde Mindestlöhne gemessen

332 am jeweiligen Durchschnittseinkommen in allen EU-Mitgliedsstaaten festlegt. Die öffentliche  
333 Daseinsvorsorge darf durch die europäische Politik und die Interpretation der Marktfreiheiten  
334 im europäischen Binnenmarkt nicht in Frage gestellt werden. Nationale, regionale und lokale  
335 Besonderheiten in der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen erhalten und geschützt werden.  
336 Für uns ist auch klar: Wir wollen, dass alle Menschen den gleichen Zugang zu notwendigen  
337 Gütern und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge haben. Wir setzen uns deshalb auf  
338 europäischer Ebene dafür ein, dass eine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge  
339 verhindert wird und wirksame Strategien erarbeitet werden, die eine Rekommunalisierung  
340 ermöglichen.

341

### 342 **Lohn- und Sozialdumping bekämpfen**

343 Beschäftigte in Europa müssen effizienter vor Ausbeutung und sittenwidrigen  
344 Arbeitsbedingungen geschützt werden. In Europa muss gelten: gleiche Lohn- und  
345 Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort - für Männer und für Frauen! Das  
346 europäische Entsenderecht sollte entlang dieses Prinzips weiterentwickelt werden. Lohn-  
347 und Sozialdumping darf in Europa kein Raum gegeben werden. Dort, wo wirtschaftliche  
348 Aktivität grenzüberschreitend ist, dürfen Arbeitnehmerrechte und soziale Absicherung nicht  
349 an den Grenzen Halt machen. Wir müssen Verstöße gegen das Arbeitsrecht wie Verstöße  
350 gegen das Wettbewerbsrecht auf europäischer Ebene ahnden und sanktionieren.  
351 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die in verschiedenen europäischen Ländern arbeiten  
352 und wohnen, dürfen nicht durch Regelungslücken zwischen den nationalen Sozialsystemen  
353 benachteiligt werden.

354

355 Hinzu kommt: Der massiv angewachsene Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen  
356 muss gerade auch auf europäischer Ebene mit wirksamen Maßnahmen bekämpft werden.  
357 Wir müssen europaweit zusammenarbeiten um grenzüberschreitendem Betrug und  
358 Missbrauch zu begegnen. Dazu braucht es mehr Kontrollrechte auf europäischer und  
359 nationaler Ebene! Neben verbesserten Kontrollrechten muss für gute Arbeit auch der soziale  
360 Dialog, die europäischen Betriebsräte und die Mitbestimmung in europäischen Unternehmen  
361 gestärkt werden.

362

363

### 364 **Steuergerechtigkeit schaffen und Steuerflucht effektiv bekämpfen**

365

366 Die Einnahmen aus Steuern finanzieren die soziale Marktwirtschaft und sind damit die  
367 Grundlage für soziale Gerechtigkeit. Über eine Billion Euro gehen EU-weit der Allgemeinheit,  
368 d.h. den Bürgerinnen und Bürgern, jährlich allein aufgrund von Steuerbetrug und  
369 Steuervermeidung verloren. Fehlende Einnahmen bedeuten fehlende öffentliche  
370 Investitionen. In einem europäischen Binnenmarkt mit grenzenloser Unternehmens- und  
371 Kapitalmobilität kann ein effektiver Kampf gegen Steueroasen, Steuerbetrug und  
372 Steuerumgehung nur europäisch funktionieren. Dazu muss europäisch koordiniert aktiv  
373 gegen Steuerbetrug vorgegangen, rechtliche Schlupflöcher geschlossen und dem  
374 schädlichen Steuerwettbewerb ein Ende gemacht werden.

375

376 Wir wollen ein Europäisches Bündnis zur Stärkung der Staatsfinanzen. Dem Wettlauf  
377 zwischen den EU-Mitgliedstaaten um die niedrigste Unternehmensteuer muss durch eine  
378 gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftssteuer und die Einführung eines

379 Mindeststeuersatzes ein Ende gesetzt werden. Es muss der Grundsatz gelten, dass  
380 Unternehmen dort ihre Steuern zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Die  
381 Finanztransaktionssteuer muss endlich beschlossen und umgesetzt werden.

382  
383 Aufsichtsbehörden sollten Finanzinstituten, die am Steuerbetrug mitwirken oder diesen  
384 erleichtern, die Banklizenz entziehen können. Unternehmensregister in der EU müssen um  
385 Informationen zu den wirtschaftlich Begünstigten von Unternehmen, Stiftungen, Trusts und  
386 ähnlichen Rechtsstrukturen ergänzt werden. Großunternehmen müssen ihre Gewinne und  
387 Steuern nach Ländern verschlüsselt öffentlich zugänglich veröffentlichen. Durch einen  
388 automatischen Informationsaustausch der Mitgliedstaaten über Zinserträge, die nicht im  
389 Wohnsitzland erzielt werden, kann sichergestellt werden, dass weitere Schlupflöcher bei der  
390 Besteuerung von Zinserträgen geschlossen werden können. Der Rat muss die überarbeitete  
391 EU-Zinssteuerrichtlinie endlich annehmen und perspektivisch auf alle Kapitaleinkünfte sowie  
392 alle juristische Personen ausgeweitet werden. Eine effektive Besteuerung verlangt zudem  
393 einen gleichartigen Steuervollzug in allen EU-Mitgliedstaaten.

394 Bis Ende 2014 sollen Steueroasen identifiziert und auf einer europäischen schwarzen Liste  
395 veröffentlicht werden. Gegen die auf dieser Liste geführten Drittstaaten sollen von den EU-  
396 Staaten zuvor gemeinsam festgelegte Sanktionen verhängt werden können. Finanzinstitute  
397 aus Drittstaaten, die in der EU Finanzdienstleistungen anbieten wollen, müssen den EU-  
398 Mitgliedstaaten die Steuerdaten liefern. Andernfalls wird ihnen die Geschäftstätigkeit in der  
399 EU untersagt.

400

401

#### 402 **Für eine humanitäre europäische Flüchtlingspolitik**

403

404 Nicht erst die dramatischen Schiffsunglücke vor Lampedusa haben uns eindringlich vor  
405 Augen geführt, dass es einen grundsätzlichen Kurswechsel in der europäischen  
406 Flüchtlingspolitik geben muss. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind eine  
407 Wertegemeinschaft, die den gemeinsamen menschenrechtlichen Traditionen der  
408 Mitgliedstaaten verpflichtet sind. Das muss sich auch in der tatsächlichen Flüchtlingspolitik  
409 widerspiegeln. Die Genfer Flüchtlingskonvention und weitere einschlägige Konventionen,  
410 etwa die Europäische Menschenrechtskonvention, sind Teil der EU-Verträge und verpflichten  
411 alle Mitgliedstaaten auf eine völkerrechtskonforme, humanitäre Flüchtlingspolitik.

412

413 Die Lage an den Außengrenzen der EU macht deutlich, dass sich die europäische  
414 Flüchtlingspolitik heute regelrecht ad absurdum führt: Einerseits haben wir eine gute und  
415 ausdifferenzierte Anerkennungsmöglichkeiten für Verfolgte und Flüchtlinge in Europa, die auf  
416 sehr hohem menschenrechtlichem Niveau liegen.

417

418 Andererseits haben wir eine extrem ungleiche Verteilung von Asylbewerberinnen und  
419 Asylbewerbern innerhalb der EU. Einige Länder, darunter Deutschland, kommen ihren  
420 Verpflichtungen umfassend nach. Es müssen aber alle Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen  
421 nachkommen, damit endlich die EU-rechtswidrigen Zustände bei Aufnahme-, Verfahrens- und  
422 Anerkennungsbedingungen beseitigt werden.

423

424

425 **Solidarische Zuständigkeitsregelung einführen – einheitliche Verfahren EU-weit**  
426 **durchsetzen**

427 Nach der sogenannten Dublin-Verordnung werden die Kriterien und das Verfahren  
428 festgelegt, welches Mitgliedsland für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist. Das  
429 Dublin-System war ursprünglich dazu gedacht, Mehrfachasylanträge innerhalb der  
430 Europäischen Union zu verhindern. Weiterhin sollte die Verordnung dazu beitragen, dass  
431 gewährleistet ist, dass immer ein Mitgliedsland für einen schutzsuchenden Menschen  
432 verantwortlich ist ("no refugee in orbit"). Heute ist klar: das System ist ineffizient,  
433 dysfunktional und unfair. Das gilt für die Schutzsuchenden genauso wie für die  
434 Mitgliedsstaaten.

435  
436 Ohne Frage bringt das im Juni 2013 beschlossene „Gemeinsame Europäische Asylsystem“  
437 wichtige Verbesserungen. Hiervon umfasst ist die am 1. Januar 2014 in Kraft tretende  
438 Neufassung der Dublin-Verordnung („Dublin III“) wie auch die Asylverfahrensrichtlinie und  
439 die Aufnahmerichtlinie. So werden durch das „Gemeinsame Europäische Asylsystem“ etwa  
440 das Recht auf Berufung für schutzsuchende Menschen, die Implementierung eines  
441 Frühwarnsystems und die Ergreifung von geeigneten Schutzmaßnahmen für  
442 schutzbedürftige Menschen verbessert. Das Kernproblem der ungleichen Verteilung von  
443 Asylsuchenden und der mangelnden Solidarität unter den Mitgliedsstaaten besteht weiter in  
444 gravierender Weise. Den Preis zahlen die Schutzsuchenden und die betroffenen  
445 Mitgliedstaaten.

446  
447 Die SPD steht für eine Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik, die Grundrechte über  
448 Repression und Abschottung stellt. Deshalb wollen wir das „Gemeinsame Europäische  
449 Asylsystem“ durch ein alternatives, auf Verantwortungsteilung beruhendes System ersetzen.  
450 Eine deutsche Bundesregierung soll auf europäischer Ebene auf solche Mitgliedstaaten  
451 einwirken, die bis heute eine solche Verbesserung verweigern.

452  
453 Bis dahin wollen wir als Sofortmaßnahme mehr Flexibilität im weiter bestehenden Dublin-  
454 System ermöglichen: In Fällen, in denen in einem Mitgliedstaat das Asylsystem oder die  
455 Infrastruktur akut überlastet ist, soll durch einen zeitlich befristeten Aufhebungsmechanismus  
456 der Transfer von Flüchtlingen in einen anderen Mitgliedstaaten ermöglicht werden. Diese  
457 müssen aber einer guten Behandlung und Versorgung der Flüchtlinge nachgekommen sein.

458  
459 **Einwanderungskontinent Europa – für eine europäische Strategie zur legalen**  
460 **Migration**

461 Europa ist ein Einwanderungskontinent. Diese Erkenntnis erfordert als logische Konsequenz  
462 ein legales Einwanderungssystem. Hierfür fordern wir eine europäische Strategie, die auch  
463 tauglich ist, Antworten auf kriminelle Schlepperbanden zu geben, die mit der Not von  
464 Menschen Geschäfte machen und sie in seeuntauglichen Booten auf eine ungewisse und  
465 lebensgefährliche Reise schicken.

466  
467 **Fluchtursachen bekämpfen – Lebensbedingungen verbessern**

468 Neben einem Ausbau der Regelungen zum klassischen Flüchtlingsschutz und zur legalen  
469 Einwanderung muss die deutsche wie auch die europäische Entwicklungszusammenarbeit  
470 künftig stärker darauf setzen, Fluchtursachen zu bekämpfen. Die wenigsten Menschen  
471 wollen ihre Heimat verlassen. Wir müssen daran mitwirken, dass sie auf der Suche nach

472 einem menschenwürdigen, erfüllten Leben nicht auf das Verlassen ihres Landes als Ausweg  
473 angewiesen sind.

474

475 Notwendig für die Überwindung von Armut ist ein breitenwirksames, nachhaltiges Wachstum.  
476 Dafür bedarf es der Überwindung von Ungleichheiten in den Gesellschaften und der  
477 Schaffung von guter Arbeit, die sich an der „Decent Work Agenda“ der ILO orientiert. Es  
478 bedarf Investitionen in landwirtschaftliche Entwicklung, Hilfen beim Auf- und Ausbau sozialer  
479 Sicherungssysteme im Sinne eines Basisschutzes nach dem Konzept des „Social Protection  
480 Floor“ der UN und der ILO sowie der Gleichstellung von Männern und Frauen. Wichtige  
481 Voraussetzung dafür sind der Zugang zu guter Bildung, Gesundheitsversorgung und  
482 Ernährung.

483

484 Die Zivilgesellschaft ist ein zentraler Partner in der Entwicklungszusammenarbeit. Sie leistet  
485 einen wichtigen Beitrag für Gerechtigkeit, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen,  
486 politische Teilhabe und demokratische Entwicklung – gerade auch in fragilen Staaten.

487

### 488 ***Menschenrechtskonforme Praxis der Grenzsicherung***

489 In einem vereinten Europa ist es richtig, dass die Mitgliedstaaten ihre Grenzen vor illegaler  
490 Migration sichern und hierbei zusammenarbeiten. Das geschieht unter Koordination der EU-  
491 Agentur Frontex. Verfahren der Grenzsicherung dürfen nicht im Widerspruch zu den Zielen  
492 einer humanitären Flüchtlingspolitik stehen.

493

494 Der gemeinsame europäische Grenzschutz, weitgehend auf exterritoriales Gebiet oder in  
495 Drittstaaten ausgelagerte Grenzkontrollen sowie die Zusammenarbeit mit Drittstaaten führen  
496 dazu, dass viele, die Schutz suchen, ihren Weg nach Europa gar nicht oder nur unter  
497 lebensgefährlichen Bedingungen finden können. Deshalb muss bei allen von Frontex  
498 koordinierten Operationen ebenso wie bei Kooperationen mit Drittstaaten der Grundsatz der  
499 Nichtzurückweisung (non refoulement) gewährleistet sein. Die Pflicht zur Seenotrettung  
500 muss selbstverständlich und umfassend berücksichtigt werden. Zudem muss  
501 unmissverständlich klar gestellt werden, dass es keine Kriminalisierung derer geben darf, die  
502 Flüchtlinge aus Seenot retten. Letztendlich muss gewährleistet werden, dass eine  
503 Ausschiffung ausschließlich in auch flüchtlingsrechtlich sichere Häfen erfolgt.

504

505

### 506 **Die EU-Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik weiterentwickeln**

507

508 Die Erweiterung der EU ist aktive europäische Friedenspolitik. Die EU muss weiterhin für  
509 neue Mitglieder offen sein. Neben der strikten Einhaltung der Beitrittskriterien, an denen sich  
510 alle Verhandlungen mit beitragswilligen Staaten zu orientieren haben, muss die Europäische  
511 Union auch aufnahmefähig sein.

512

513 Die laufenden Verhandlungen mit der Türkei führen wir mit dem mit dem erklärten Ziel eines  
514 Beitritts weiter. Die Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen mit der Türkei und deren  
515 Anbindung an die EU liegen im deutschen Interesse. Die EU fußt auf der unbedingten  
516 Achtung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit. Gerade im Umgang mit  
517 oppositionellen Kräften zeigt sich die Reife eines demokratischen Rechtsstaates. Daher  
518 erwarten wir auch von der türkischen Regierung sowohl die Respektierung dieser Werte und  
519 Prinzipien als auch deren innerstaatliche Durchsetzung. Wir begrüßen die in der Türkei mit  
520 Blick auf die Beitrittsverhandlungen unternommenen Reformanstrengungen und die

521 Eröffnung weiterer Verhandlungskapitel durch die EU-Kommission. Dies verleiht den  
522 Verhandlungen mit dem Ziel eines Beitritts eine neue Dynamik. Deutschland hat weiterhin  
523 ein grundlegendes Interesse an der dauerhaften Stabilisierung des Westlichen Balkans. Wir  
524 halten deshalb an der Beitrittsperspektive dieser Länder fest und werden darauf hinwirken,  
525 gebunden an klare Kriterien den notwendigen politischen und gesellschaftlichen Wandel in  
526 diesen Ländern in diesem Sinne weiter aktiv voranzubringen.

527  
528 Es liegt zudem im vitalen Interesse Deutschlands und der EU, Stabilität, Demokratie,  
529 Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Entwicklung in angrenzenden Regionen zu fördern. In  
530 diesem Zusammenhang hat sich die Europäische Nachbarschaftspolitik bewährt. Wir wollen  
531 die Partnerländer dauerhaft für eine gute Zusammenarbeit gewinnen und die  
532 demokratischen Transformationsprozesse gezielter unterstützen. Insbesondere eine engere  
533 Anbindung der nordafrikanischen Staaten an die EU kann zu einer Stabilisierung der Region  
534 beitragen. Die mediterrane Partnerschaft braucht einen neuen glaubwürdigen Auftakt zur  
535 Zusammenarbeit.

536  
537 Die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union in ihrem internationalen Einsatz für  
538 Menschenrechte hängt maßgeblich davon ab, wie konsequent sie ihre Werte lebt und deren  
539 Verletzung im Innern ahndet. Wir unterstützen einen wirksamen Mechanismus zur Prüfung  
540 und Durchsetzung rechtsstaatlicher und demokratischer Standards in den EU-  
541 Mitgliedstaaten. Dazu sollte der Instrumentenkasten der EU zum Schutz der in Artikel 2 EUV  
542 verankerten Rechte ausgebaut, ein kontinuierliches Monitoring aller Mitgliedstaaten  
543 institutionalisiert und die Rolle der EU-Grundrechteagentur gestärkt werden.

544

545

#### 546 **Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU stärken**

547

548 Wir wollen, dass Europa seiner Verpflichtung als Träger des Friedensnobelpreises auch  
549 künftig nachkommt und sein außenpolitisches Engagement als Friedensmacht wahrnimmt.  
550 Wir wollen neue politische Initiativen zur Stärkung und Vertiefung der Gemeinsamen Außen-  
551 und Sicherheitspolitik auf den Weg bringen. Hierbei sollen die Schwerpunkte auf  
552 diplomatischen und zivilen Mitteln, wie den Instrumenten der zivilen Krisenprävention und  
553 Konfliktregelung, liegen. Europa hat in diesem Bereich viele Erfahrungen in den letzten  
554 Jahren gemacht, die es auch im Rahmen des Europäischen Auswärtigen Dienstes  
555 auszubauen gilt.

556

557 Wichtig bleiben auch weitere Anstrengungen im Bereich der gemeinsamen Sicherheits- und  
558 Verteidigungspolitik. Wir wollen mit neuen Initiativen einen Beitrag zur Überwindung der  
559 Renationalisierung der Sicherheitspolitik der EU-Länder leisten. Ziel bleibt eine Außen- und  
560 Sicherheitspolitik mit abgestimmten europäischen Konzepten und Aktionen. Unser  
561 langfristiges Ziel bleibt der Aufbau einer Europäischen Armee. Dies eröffnet auch große  
562 Chancen für substantielle konventionelle Abrüstung in Europa und zum effizienteren Einsatz  
563 der begrenzten Ressourcen für europäische Sicherheitspolitik. Mit dem Aufbau einer  
564 Europäischen Armee müssen jedoch die entsprechenden Informations- und Kontrollrechte  
565 des Europäischen Parlaments ausgebaut werden.

566

567 **Neue Faszination für die europäische Idee wecken**

568

569 Wenn von Europa die Rede ist, dann immer weniger im Zusammenhang von Frieden und  
570 Versöhnung, von Freiheit und Emanzipation, sondern mit Begriffen der  
571 Finanzmarktökonomie wie Rettungsschirm, Stabilitätsmechanismus oder Umschuldung. Wir  
572 dürfen nicht zulassen, dass die große Idee der europäischen Einigung zu der Frage  
573 zusammenschrumpft, wie die Gemeinschaft der europäischen Staaten die Schuldenkrise in  
574 den Griff bekommen kann. Europa ist so viel mehr: Es ist auch und vor allem eine großartige  
575 Idee vom Zusammenleben der Menschen und Völker. Die europäische Idee stellt die  
576 kulturelle Vielfalt über den Zwang zur Anpassung, die Lebensqualität über die Anhäufung  
577 von Reichtum, die nachhaltige Entwicklung vor die rücksichtslose Ausbeutung von Mensch  
578 und Natur. Die europäische Idee stellt auch die Zusammenarbeit über einseitige  
579 Machtausübung.

580

581 Wir wollen die Debatte über Europa aus der Verengung auf einen bloßen Krisendiskurs  
582 herausholen und dafür sorgen, dass die europäische Idee wieder weiter gedacht und  
583 diskutiert wird – als ein politisches Projekt, das immer schon mehr war als ein gemeinsamer  
584 Markt, aber auch als ein gesellschaftliches Projekt, das nicht allein Staaten in einem  
585 staatlichen Verbund vereint, sondern Gesellschaften und Menschen zusammenbringt.  
586 Diesen europäischen Gesellschaftsvertrag der Bürgerinnen und Bürger neu zu begründen,  
587 im Dialog und Verbund mit gesellschaftlichen Gruppen und Bündnispartnern, ist eine der  
588 großen Zukunftsaufgaben, der sich gerade die Sozialdemokratie in Deutschland und Europa  
589 zu widmen hat.

590

591 Wir wollen und werden alles dafür tun, dass gerade auch die Europawahl dieser so wichtigen  
592 Debatte über die Zukunft Europas einen wichtigen Impuls gibt und neue Faszination für die  
593 europäische Idee weckt.

594